

Gemeindeverbände und andere Kooperationen: Pragmatische Aufgabenteilung oder schwarze Löcher für Demokratie und Finanzen?

Ausgangslage

Die Stadt Aarau kooperiert sinnvollerweise für verschiedene Aufgabenbereiche mit anderen Gemeinden. Aktuell werden in der systematischen Sammlung die Satzungen oder Verträge folgender Kooperationen aufgeführt:

- Gemeindeverband Informatikzusammenarbeit Aarau-Baden (IZAB)
- Kreisschule Aarau-Buchs
- Regionale Schiessanlage Lostorf
- Gemeindeverband Bevölkerungsschutz und Zivilschutz Aare Region
- Planungsverband Aarau Regio
- Abwasserverband Aarau und Umgebung (AVAU)
- Gemeindeverband für Kehrriechverbrennung Aarau-Lenzburg (GEKAL)
- Grundwasserverband Suhrental
- Pflegezentrum Lindenfeld
- Forstbetrieb Region Aarau

Mag in den meisten Fällen die Aufgabenerfüllung insgesamt gut funktionieren, so fehlt der Aarauer Bevölkerung und dem Einwohnerrat doch die Transparenz, um sich vergewissern zu können, dass Preis und Leistung stimmen. In jedem Fall schlagen die Kosten dieser Kooperationen im Budget der Stadt Aarau zu Buche. Die Budgethoheit von Souverän und Einwohnerrat wird damit eingeschränkt. Deshalb braucht es transparente Information.

Die Kooperationen werden meist von einem Aufsichtsorgan oder einer Abgeordnetenversammlung gesteuert. Gewisse Aufsichtsorgane oder Abgeordnete werden direkt gewählt (Kreisschulrat), bestehen aus Vertretern der beteiligten Gemeindeexekutiven (AVAU) oder anderen Behördenvertretern (Schiessanlage Lostorf).

Finanziert werden die Tätigkeiten in verschiedenster Weise: Von der einfachen Rechnungstellung an die Trägergemeinden (z. B. Bevölkerungsschutz und Zivilschutz Aare Region) über Defizitgarantien (z. B. Forstbetrieb Region Aarau) und im Voraus festgelegte Leistungsvereinbarungen (z. B. Informatikzusammenarbeit Aarau-Baden) oder Gebühren (GEKAL) bis hin zu Investitionsfonds (z. B. Kreisschule Aarau Buchs).

Bei einzelnen Gemeindeverbänden wie der AVAU kann in den Geschäftsberichten der Stadt in etwa nachvollzogen werden was die Kosten für die Leistungen sind. Bei anderen Gemeindeverbänden sind die Kosten gar nicht ersichtlich. So führt der Geschäftsbericht 2020 zwar die Informatikkosten der Stadt auf, es wird aber nirgends der Aufwand für den Gemeindeverband IZAB aufgeführt.

Bei mehreren Gemeindeverbänden sind zudem die Satzungen online nicht einsehbar. Die systematische Sammlung verweist nur auf die Verbände selber. Diese haben aber entweder gar keinen Online-Auftritt (Grundwasserverband Suhrental) oder führen die Satzungen nicht auf (AVAU, Aarau Regio).

Die Mitte Aarau setzt sich für Transparenz und gesunde Finanzen ein und reicht das nachfolgende Postulat ein. In einer Standortbestimmung sollte für jede Kooperation das Preis-Leistungsverhältnis analysiert und eine Stossrichtung vorgeschlagen werden, die von den Vertretern der Stadt Aarau in den Gremien der entsprechenden Kooperation verfolgt werden soll.

Postulat

Der Stadtrat wird gebeten,

1. der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGPK) des Einwohnerrates im Laufe der kommenden Legislaturperiode 2022-2025 zu jeder Kooperation einen Bericht (Standortbestimmung) vorzulegen;
2. dem Einwohnerrat bis Mitte 2022 für alle Kooperationen die Strukturen und die Vertretung der Stadt Aarau zugänglich zu machen.

Dieter Wicki, die Mitte Aarau
Lukas Häusermann, die Mitte Aarau
Barbara Schönberg von Arx, die Mitte Aarau
Martin Bahnmüller, FDP Aarau